Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1987)

Heft: 1

Rubrik: SES-ntern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Stefan Frey, Pressechef des WWF Schweiz, an der Pressekonferenz von SBN, SES, SGU, VCS und WWF zum Umwelttarif, Bern, 3.2.87.

INTERN

Der Umwelttarif – so wählen wir uns ein umweltverträgliches Parlament (UVP)

«Wenn sich die Umweltorganisationen 1987 in die eidgenössischen Wahlen einmischen, braucht es dazu wohl kaum der besonderen Legitimation. Schon allein deshalb, weil sich herumgesprochen haben dürfte, dass die Umweltsituation d a s Wahlkampfthema sein wird. Wenn wir also bei der Neuzusammensetzung des Parlamentes mitmischeln wollen, mischen wir uns eigentlich nur in unsere eigenen Angelegenheiten ein.
Wir haben dies erstmals vor vier Jahren getan, und wir wollen es jetzt wesentlich früher, dafür profitierend von den damaligen Erfahrungen, noch besser machen. Das heisst: Wir wollen mithelfen, dass die bisher in entscheidenden umweltrelevanten Abstimmungen meist fehlenden 20 bis 30 Stimmen in den nächsten vier Jahren auf der Seite von Mensch und Natur sein werden, oder doch zumindest, dass die Differenz wesentlich kleiner wird.
Wir wollen uns in unsere Angelegenheiten einmischen. Indem wir, stellvertretend für die bedrohte Natur – Menschen inbegriffen –, der Politik den Tarif erklären. Einseitig, wie wir sind, stellen wir dabei das Problem und seine Lösung in den Vordergrund. Das Notwendige soll an die Stelle des politisch Machbaren treten. Und dass wesentlich mehr notwendig wäre, als die Politiker bislang als machbar erachteten, ist mittlerweile mit Händen zu greifen: in Form dicker Luft, in der zerstörten Landschaft, in einer aus den Fugen geratenen Landwirtschaftspolitik, in der Verkehrspolitik und erst recht in der völlig festgefahrenen Energiepolitik. In diesen Bereichen sind unserer Überzeugung nach Kurskorrekturen am dringendsten. Und wir meinen, dass hier auch konkrete Lösungsansätze vorhanden sind, zum Teil schon seit Jahren. Und weil die bisherigen Appelle an die Politik und an die Politiker nichts fruchteten, wollen wir die Zusammensetzung des entscheidenden Gremiums beeinflussen. Es bleibt uns nichts anderes übrig. (...)
Was die Umweltorganisationen als gemeinsame Leistung in den Wahlkampf einbringen werden, ist also vorwiegend Information, Aufklärung und Aufmunterung. Was wir nicht tun werden, sind namentliche Empfehlungen. Dafür sind zum Teil bereits formierte Komitees verantwortlich. In den Wahlkreisen muss letztlich für oder gegen die Kandidaten entschieden werden. Diese Komitees sind denn auch absolut frei in der Zusammenstellung ihrer «Umweltlisten».
Wir wissen natürlich sehr wohl, dass sich die Parlamentarier nicht alleine mit ökologischen Fragen auseinanderzusetzen haben. Dass es individuelle Stärken und Schwächen gibt, ist bekannt. Nur: Wir sind ebenso davon überzeugt, dass die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen zu den wichtigsten und dringlichsten Aufgaben unserer Zeit gehört. Die ‹Einseitigkeit› unserer Optik liegt somit in der Natur der Sache. Trotzdem können und wollen wir vom Wähler nicht verlangen, dass er seine Entscheidung zu hundert Prozent nur auf den Umwelttarif abstützt. (...)
Auch seine Schwächen und Stärken sollen bei der Wahl zum Tragen kommen. Der Umwelttarif ist somit nicht die Bundeslade mit zehn unveränderbaren Geboten, sondern vielmehr Orientierungshilfe für Parlamentarier und Wähler zugleich (...).»

Der Umwelttarif 1 wie auch die folgenden zwei Wahlzeitungen sind erhältlich bei: SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich.

15. 4. 87: Schicken Sie bitte die (ganz oder teilweise) ausgefüllten Unterschriftenbögen der Ausstiegsinitiative bis zu diesem Datum zurück!

SP-Regierungsratskandidat Elmar Ledergerber ist diese Woche im Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich zweimal abgeblitzt – aus politischen Gründen?

In den beiden Fällen ging es um die Nachfolge des früheren SP-Nationalrats Fritz Ganz, der als Mitglied des EKZ-Verwaltungsratsausschusses und als EKZ-Vertreter im Verwaltungsrat der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) zurückgetreten war. Für den Ausschuss machte dieser einen Zweiervorschlag: Zur Wahl standen die EKZ-Verwaltungsräte und SP-Vertreter Sepp Stappung und Elmar Ledergerber. Gewählt wurde Stappung.
Für den Vorschlag zuhanden der NOK schlug der Ausschuss den SVP-Nationalrat Willi Neuenschwander vor, während von seiten des Verwaltungsrats Ledergerber portiert wurde. Auch hier wurde mit grosser Mehrheit gegen Ledergerber entschieden. Ledergerber selbst bezeichnete dies im «Volksrecht» als «Strafaktion» für parlamentarische Vorstösse, welche (vergeblich) ein EKZ-Sparprogramm und eine weitere Demokratisierung der NOK verlangt hatten. Dies wollte EKZ-Verwaltungsratspräsident, Volkswirtschaftsdirektor Hans Künzi, auf Anfrage aber nicht bestätigen; die Abstimmung sei geheim durchgeführt worden, und man kenne die Beweggründe der Verwaltungsräte darum nicht, sagte er zum TA. Mit Bestimmtheit kein Politikum sei die Wahl Neuenschwanders gewesen, sagte Künzi. Hier habe das Anciennitätsprinzip eine gewisse Rolle gespielt, ein Prinzip, von dem in andern Fällen auch die SP profitieren könnte. Von den acht Zürcher Vertretern im NOK-Verwaltungsrat gehört kein einziger mehr der SP an.
TA, 23.1.87

Strafaktion gegen energiebewusste Politiker

Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) hat zur Nichtwahl von zwei SP-Vertretern in Gremien der staatlichen Elektrowirtschaft folgende Erklärung abgegeben: «Die SES protestiert gegen die Nichtwahl von Elmar Ledergerber in den Verwaltungsratsausschuss der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) und von Rodolfo Keller in den Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) [siehe E+U S. 5]. Lippenbekenntnisse zu einer menschen- und umweltfreundlichen Energiepolitik werden entlarvt, wenn es darum geht, konkret darauf hin zu arbeiten. Die Wahl der beiden Energiefachleute wäre ein Zeichen von EKZ-Verwaltungsrat und Zürcher Kantonsrat gewesen, mit Sparprogrammen und Demokratisierungswillen in der Elektrizitätswirtschaft ernst zu machen.»
VR, 29.1.87

Elmar Ledergerber, weder im EKZ-Verwaltungsratsausschuss noch im NOK-Verwaltungsrat, dafür aber in den Regierungsrat des Kantons Zürich!

Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) / Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), Sektion Zürich / WWF, Sektion Kanton Zürich / Zürcherische Vereinigung für Heimatschutz (ZVH) / Zürcher Kantonalverband für Vogelschutz (ZKV) / Rheinaubund und Schweizerische Energie-Stiftung (SES) haben beschlossen, die folgenden Regierungsratskandidaten zu unterstützen:

Nationalrat Max Dünki, EVP

Kantonsrat Dr. Elmar Ledergerber, SP

Kantonsrat Hans Meier, Grüne Partei

Roland Wiederkehr, unabhängig und parteilos